

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Van der Bellen, Freundinnen und Freunde

betreffend Beibehaltung der Basisfinanzierung für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Van der Bellen, Grünewald, Lichtenegger, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Stopp dem rot-schwarzen Bildungs-Klau“

Begründung

Während die Forschungsprämie für Unternehmen im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen 'Offensivmaßnahmen' von 8 auf 10 % erhöht wird, was von 2011 bis 2014 einen geschätzten Steuerausfall von ca. 320 Millionen Euro ausmacht, droht außeruniversitären Forschungseinrichtungen das Aus, weil 28 Millionen Basissubventionen für die Jahre 2011 bis 2014 nicht mehr finanziert werden sollen. Der Budgetentwurf der Regierung "eliminiert die Finanzierung für die Grundlagen dieser Institute und auch für deren Projekte. Etwas, das Jahre oder Jahrzehnte braucht, um aufgebaut zu werden, soll innerhalb weniger Wochen abgewickelt werden¹," so rund 40 der betroffenen Institutionen, die sich daher zur "Plattform Wissen/Schafft/Österreich²" zusammengeschlossen haben, um "die grundsätzlich falsche Einschätzung von Wissenschaft durch die Regierungsspitze zu korrigieren". Konkret wird die Basisfinanzierung für diese Einrichtungen nächstes Jahr halbiert - das bedeutet ein Minus von vier Millionen Euro. Ab 2012 wird die Basisfinanzierung komplett gestrichen.

Rund 40 renommierte Forschungseinrichtungen trifft - in unterschiedlicher Höhe - die geplante Streichung, etwa das Institut für Internationale Politik (OIIP), das Institut für die Wissenschaft vom Menschen (IWM), das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften (IFK), die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (Forba), das Institut der Regionen Europas, das Internationale Erwin Schrödinger Institut für mathematische Physik (ESI), das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) sowie das Anton Bruckner Institut Linz.

Viele der Institutionen sehen ihre Existenz bedroht und fürchten Kündigungen und sogar Schließungen, sie warnen vor einem "Kahlschlag eines ganzen Wissenschaftssektors". Die Streichung dieser Grundfinanzierung bedeutet etwa, dass die von den Instituten bisher sehr erfolgreich eingeworbenen Drittmittel für die Wissenschaft verloren gehen. Ohne Sicherung der Basis, d.h. ohne Institutsräume, ohne festangestellte MitarbeiterInnen, ist die Einwerbung dieser Mittel nicht mehr möglich, da z.B. Forschungsprojekte (auch EU und international) nicht mehr eingereicht werden können. Zur Grundfinanzierung zählen nämlich u.a. die Mittel, die für Antragstellungen gebraucht werden oder die Kosten für Konferenzreisen, bei

¹ APA0309 5 II 0541 XI/VI Di, 09.Nov 2010

² <http://wissenschaft.research.at/>

denen Kontakte geknüpft und Wissenstransfers forciert werden. Ein Problem für die Institute ist bereits jetzt, dass der Wissenschaftsfonds (FWF) keine Overheadkosten mehr bezahlen kann, gleichzeitig aber Räume, Computer etc. bezahlt werden müssen.

Im aktuellen Regierungsprogramm wird im Bereich der Grundlagenforschung noch eine „Exzellenzinitiative“ angekündigt, Österreichs universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen Unternehmen sollen „im europäischen Spitzenfeld verankert“ werden, dafür will die Bundesregierung Initiativen setzen³.

Nun ist die Streichung der Basisfinanzierung geplant.

Dieser Kahlschlag bei außeruniversitären Forschungsinstituten und die dadurch verbundene Ausdünnung der Forschungslandschaft in Österreich lässt sich wohl kaum mit der bislang propagierten „FTI Strategie“ vereinbaren. Die Regierung hat keine Kosten-Nutzen Analyse der Folgen dieser Streichung durchgeführt, sonst hätte sie bemerkt, dass die Schwächung der Rolle Österreichs in der internationalen Wissenschaft kaum wieder aufzuholen sein wird. Es könnten hunderte WissenschaftlerInnen, administrative Kräfte und anderes Personal ihre Arbeit verlieren, was auch den Wirtschaftsstandort Österreich schwächen und die Attraktivität Österreichs für junge ForscherInnen und WissenschaftlerInnen weiter mindern würde.

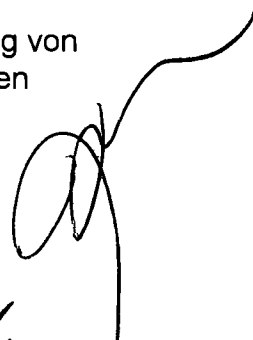
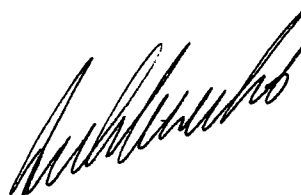
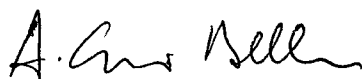
Die Streichung dieser Basis für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen ist ein vergleichsweise kleiner Posten im Belastungsbudget - aber einer, der das intellektuelle Leben in Österreich weiter verarmen ließe. Die Vielfalt der österreichischen Forschungslandschaft würde daran zugrunde gehen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Bereich der Basisfinanzierung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen keine budgetären Kürzungen vorzunehmen und somit deren Weiterbestehen sicher zu stellen.



³ <http://www.austria.gv.at/DocView.axd?CobId=32965>